

„Braunkohle-Nein“ e.V.

c/o Karl-Heinz Woelk
(2. Vorsitzender)
Zum Forsthaus 23
19288 Loosen

☎ 038754 - 22 883

Fax: 038754 - 22 884

www.braunkohle-nein.net

vorstand@braunkohle-nein.net

„Braunkohle-Nein“ e.V., Zum Forsthaus 23, 19288 Loosen

Loosen/Vielank, 30. November 2007

Pressemitteilung

des Vereins „Braunkohle-Nein“ e.V.

zur Klage der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG)
gegen die Versagung des Antrages auf Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis

Die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) hat am 12. November 2007 beim Verwaltungsgericht Schwerin (Geschäftszeichen 7 A 1494/07) Klage gegen das Bergamt Stralsund gegen die Versagung ihres Antrages auf Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis erhoben. Die Aufsuchungserlaubnis ist Voraussetzung für weitere Probebohrungen zur Erkundung des Braunkohlelagerstätte Lübtheen.

Durch die Klageerhebung gibt die MIBRAG zu verstehen, dass sie gegen den ausdrücklichen Willen der heimischen Bevölkerung und der Regionalwirtschaft in der Griesen Gegend, gegen die Bekundungen aller politischen Parteien in unserem Bundesland und ungeachtet der einstimmigen Beschlüsse gegen die Braunkohle des Landkreises Ludwigslust vom Dezember 2005 und des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 11. Juli 2007 ihr landschaftszerstörendes und klimaschädliches Braunkohletagebauvorhaben Lübtheen weiter verfolgt.

Noch im Jahre 1995, vor Erteilung der Aufsuchungserlaubnis am 1.12.1997, erklärte die Mitarbeiterin der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der MIBRAG, Frau Sylvia Werner, dass „die MIBRAG das Tagebauvorhaben nur im Einklang mit der Bevölkerung, aber nicht gegen sie realisieren werde.“ Dies alles scheint für die MIBRAG heute nicht mehr wahr zu sein. Wie der Braunkohleabbau im - vermeintlichen - Einklang mit der Bevölkerung abläuft, haben die Bürger aus dem sächsischen Heuersdorf bei der jüngst vollzogenen Devastierung ihres Dorfes an Leib und Leben schmerzlich erfahren müssen. Wir möchten, dass uns Mecklenburgern derartige Erfahrungen erspart bleiben.

Über den Gerichtsweg will sich die MIBRAG die Option offenhalten, das unzeitgemäße, energiepolitisch unsinnige und landschafts- wie klimaschädliche Vorhaben eines Braunkohletagebaus mit all seinen nachteiligen Folgen eines Tages zu realisieren. Der MIBRAG geht es mit ihrer Klage darum, Pfründe und Optionen auch für die Zukunft zu sichern und zu zeigen, dass sie und nicht die Politik die Geschicke unseres Landes lenkt.

Dabei ist der MIBRAG bekannt, dass die Lübtheener Diatomeen-Braunkohle aufgrund ihres hohen Feuchtegehaltes und des daraus resultierenden schlechten Heizwert-Effizienzgrades nicht zur Verstromung geeignet ist. Die Verbrennung der Diatomeenkohle dient bestenfalls der Gewinnung der Diatomeenasche. Die Asche wird als Rohmehl für die Zementherstellung, als Zuschlagstoff für Dämmputze, für Leichtbeton-Hohlblocksteine, für die Gasbetonherstellung sowie in der keramischen Industrie zur Herstellung von Hitzeschutzschildkacheln für die Raumfahrt verwendet. Kurz gefasst: die klimaschädliche Landschaftszerstörung in der Griesen Gegend dient allein der Produktion von Bauzuschlagstoffen.

Die weitreichenden Befugnisse, die das veraltete und undemokratische Bergrecht in Deutschland Bergbaukonzernen wie der MIBRAG zur Gewinnung von Braunkohle einräumt, sind nicht mehr zeitgemäß. Es kann nicht sein, dass privatwirtschaftlichen Profitinteressen der geldgierigen Stromkonzerne wie MIBRAG, RWE, Vattenfall und EnBW über das öffentliche Interesse und den Willen der Betroffenen gestellt werden.

Braunkohle - NEIN !

Braunkohle im Landkreis Ludwigslust - wir sagen NEIN!

Dem Klimaschutz und unserer Umwelt zuliebe muss eine baldige Abkehr von einer Stromerzeugung durch Verbrennung der klimaschädlichen Energieträger Braunkohle und Steinkohle in großen Kohlekraftwerken hin zu einer umweltverträglichen Energieversorgung durch erneuerbare Energien wie Solar, Geothermie, Wind- und Wasserkraft und Biomasse erfolgen. Dies hat der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC noch einmal deutlich hervorgehoben.

Wir wollen im Zusammenwirken mit den Bürgern und der Politik verhindern, dass unsere Landschaft unwiederbringlich zerstört, Arbeitsplätze im Tourismus, in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelindustrie vernichtet werden, Häuser weggebaggert sowie Nachbarschaften zerrissen werden und die Bürger vor den Trümmern ihres lebenslangen Schaffens stehen.

Als „Wächter der Griesen Gegend“ werden wir uns zum Erhalt unserer Heimat und Umwelt sowie der gesunden Lebensbedingungen auch für die zukünftigen Generationen weiterhin und mit Nachdruck gegen das ökonomisch und ökologisch unsinnige Braunkohletagebauvorhaben der MIBRAG zur Wehr setzen

„Braunkohle – Nein“ e.V.